

Operation CORDOBA (Ö : D)

INHALT:

1. BIP, Konsum
2. Industrieproduktion
3. Arbeitskosten
4. Lohnstückkosten
5. Migration
6. Beschäftigung
7. Arbeitsmarkt
8. Niedriglohnbeschäftigung
9. Leistungsbilanz
10. Öffentliche Haushalte
11. Verkehrsinfrastruktur

FORDERUNGEN:

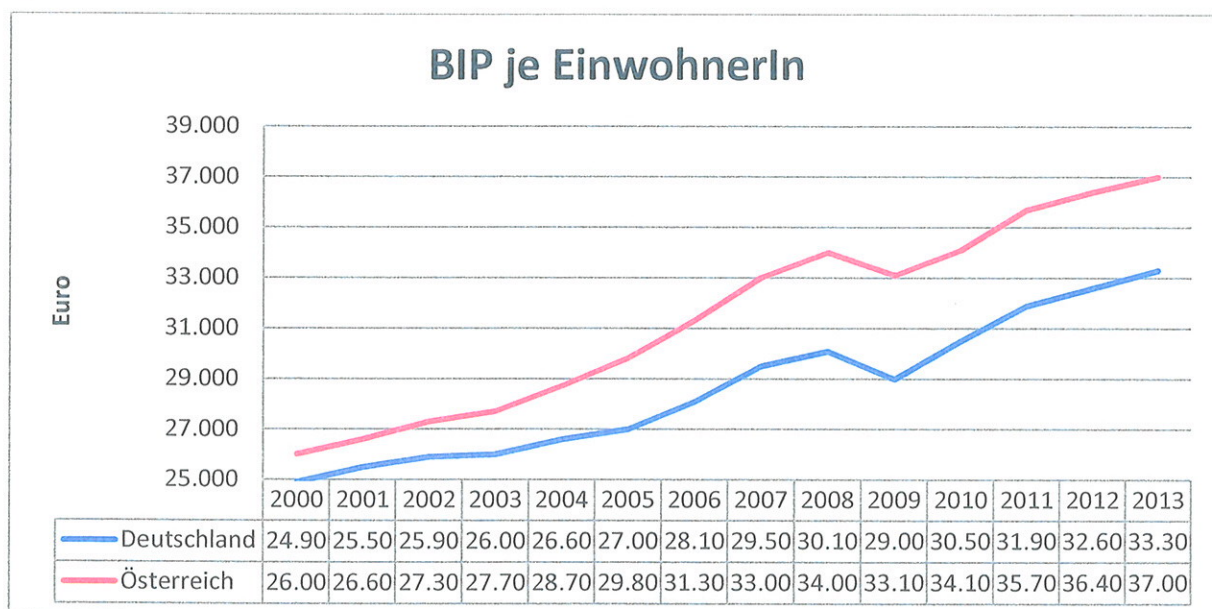
- Nationale Ebene: Beschäftigungsförderung
- EU-Ebene: „Goldene Regel“

1. BIP, Konsum

Das **BIP** ist immer noch der gängigste Indikator um die Wirtschaftskraft von Volkswirtschaften zu messen.

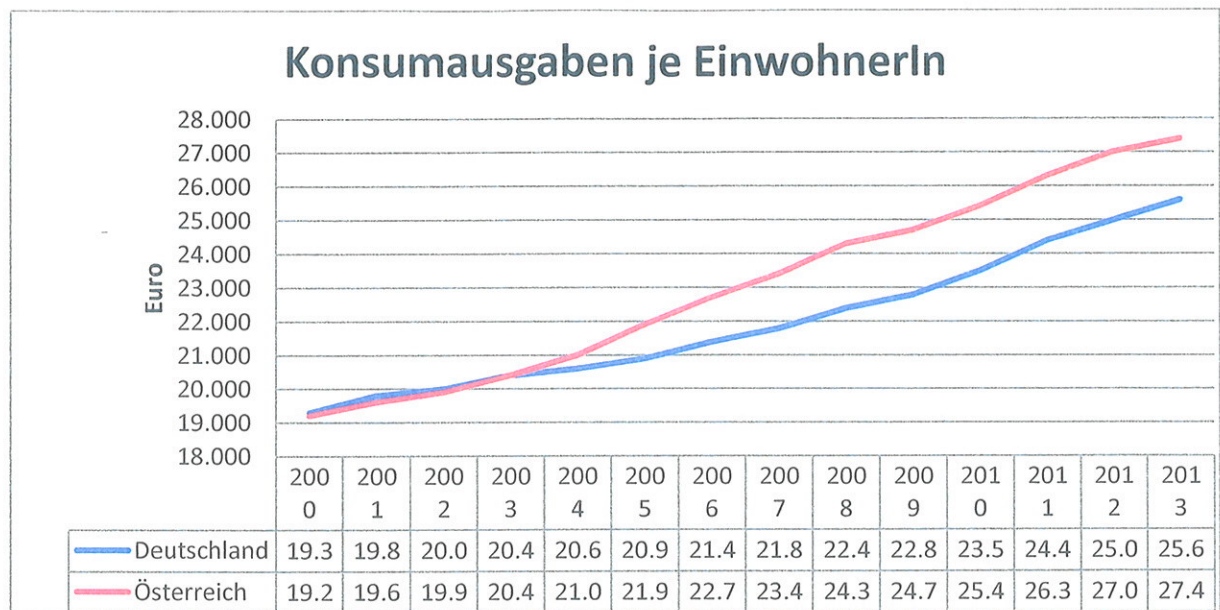
Das BIP von Deutschland ist mit 2.738 Mrd. Euro deutlich größer als jenes von Österreich mit 313 Mrd. Euro (2013). Seit 2003 wuchs jenes von Deutschland um 27%, hingegen jenes von Österreich um 39%.

Um die beiden Länder zu vergleichen kann das BIP pro EinwohnerIn oder pro Beschäftigten dargestellt werden. Bei beiden Indikatoren liegt Österreich 2013 besser und hatte im vergangenen Jahrzehnt auch die bessere Entwicklung. Deutschland hatte ein BIP pro EinwohnerIn von 33.300 Euro (+28%), Österreich von 37.000 Euro (+34%). Beim BIP pro Beschäftigten hatte Deutschland 65.400 Euro (+19%) und Österreich 74.000 Euro (+24%).



Quelle: Eurostat

Die **Konsumausgaben** eignen sich besser als das BIP um den Wohlstand eines Landes zu messen, über die Verteilung sagt jedoch auch dieser Indikator wenig aus. Waren die Konsumausgaben pro EinwohnerIn 2003 mit 20.400 Euro noch in beiden Ländern gleich, stiegen sie in Deutschland im Zehnjahresvergleich mit +25% deutlich schwächer als in Österreich mit +34%. 2013 waren die Konsumausgaben pro EinwohnerIn in Österreich 27.400 Euro und in Deutschland nur 25.600 Euro. Pro Beschäftigten waren es 2013 in Deutschland 50.300 Euro (+17%) und in Österreich 55.000 (+26%).

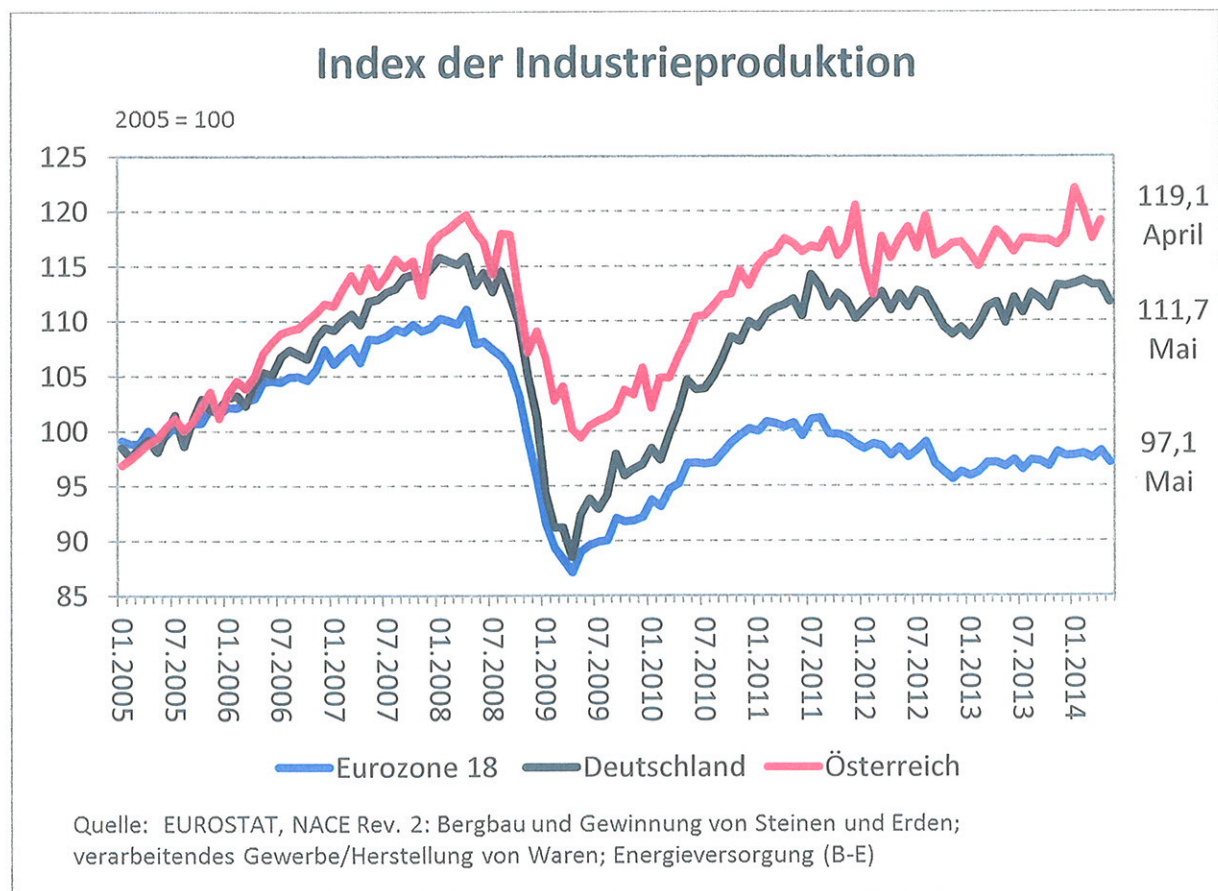


Quelle: Eurostat

2. Industrieproduktion

In Bezug auf die Attraktivität des österreichischen Industriestandorts kontrastieren die Klagen über hohe Kosten und fehlende Wettbewerbsfähigkeit in bemerkenswertem Ausmaß mit der tatsächlichen Ausweitung der Produktion der Unternehmen.

Der Produktionsindex der Bereiche Herstellung von Waren, Bergbau und Energie zeigt für Österreich einen bemerkenswerten Anstieg der Produktion in Relation zu den anderen Euro-Ländern: Sie liegt um etwa ein Fünftel über dem Tiefpunkt in der von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Wirtschaftskrise im Jahre 2009. Damit wurde, trotz leichter Abschwächung in den letzten Monaten, auch das Vorkrisenniveau beinahe wieder erreicht. In Deutschland ist dies noch nicht der Fall und die Industrie der Eurozone befindet sich weiterhin Mitten in der Krise. Insgesamt entwickelte sich die Industrieproduktion in Österreich in den letzten Jahren deutlich besser als in Deutschland.



3. Arbeitskostenvergleiche Österreich Deutschland

Die Arbeitskosten pro Stunde laut EU Arbeitskostenerhebung für den gesamten Erhebungsbereich (Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten, ohne Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung) stellen sich für Österreich und Deutschland wie folgt dar:

Arbeitskosten insgesamt und Industrie in Euro pro Stunde

NACE_R2	Industrie, Baugewerbe und Dienstleistungen		Industrie	
TIME/GEO	Deutschland	Österreich	Deutschland	Österreich
2008	27,9	26,4	32,5	29,6
2009	28,6	27,6	33,1	31,2
2010	28,8	28,0	33,2	30,8
2011	29,6	29,0	34,5	31,7
2012	30,5	30,5	35,4	32,9
2013	31,3	31,4	36,5	33,8
Anstieg pro Jahr Mittel (Trend)	2,3% (2,3%)	3,5% (3,5%)	2,4% (2,4%)	2,5% (2,7%)
Anstieg Tariflohnindex Mittel (Trend)		2,5% (2,5%)		2,8% (2,7%)
Anstieg VPI Mittel (Trend)	1,5% (1,6%)	2,1% (2,2%)	1,5% (1,6%)	2,1% (2,2%)

Österreich hat also seinen Rückstand um 5,4% aus dem Jahr 2008 in einen „Vorsprung“ von 0,3% 2013 verwandelt.

Arbeitskosten in der Industrie immer noch um 7,4% unter Deutschland

Allerdings nur dank Bau und Dienstleistungen, betrachtet man nur die Industrie so liegen die österreichischen Arbeitskosten pro Stunde nach wie vor unter den deutschen Arbeitskosten und zwar um 7,4%. Österreich liegt bei den Lohnkosten in der Industrie auf **Platz 8 unter den EU15**.

Hintergrund der schwachen Entwicklung in Deutschland insbesondere im Bau und Dienstleistungsgewerbe dürfte der große nicht organisierte Anteil in diesen Sektoren sein.

Bruttolöhne immer noch 6,1% unter Deutschland

Betrachtet man nur die Bruttolöhne und -gehälter so erkennt man das Österreich nach wie vor um 6,1% für alle erfassten Bereiche bzw. um 8,8% für das verarbeitende Gewerbe (Industriedaten gibt es hier leider nicht) unter dem deutschen Niveau liegt.

Die Entlastung der Arbeitnehmer ist also überfällig.

Ein Teil der höheren Lohnsteigerung wurde durch die höhere Inflation wieder aufgezehrt. Die Preissteigerung lag in Österreich im Schnitt um 0,5% höher als in Deutschland.

Revision der Daten im August

Da es 2012 eine neue Erhebung gab, die im Sommer 2014 veröffentlicht wird, ist mit einer Revision zu rechnen - wobei die Österreichischen Zahlen voraussichtlich nach unten korrigiert werden da zumindest bisher die jährliche Fortschreibung mit dem Index immer leicht überhöhte Werte ergeben hat die sich über den Zeitraum kumulierten. Wie sich das auf die deutschen Daten auswirkt kann derzeit nicht eingeschätzt werden.

Die Arbeitskostenerhebung wird alle vier Jahre EU weit durchgeführt. Die letzte veröffentlichte Erhebung stammt aus dem Jahr 2008. Für Österreich liegen die Daten auf http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/arbeitskosten/arbeitskostenerhebung/index.html.

4. Lohnstückkosten Entwicklung

Die WIFO-Daten zur Lohnstückkostenentwicklung bis 2012 zeigen, dass die Position der österreichischen Sachgütererzeugung in den letzten 10 Jahren im Wesentlichen stabil geblieben ist. Aufgrund der starken Schwankungen in der Auslastung der Kapazitäten gerade in der österreichischen und deutschen Industrie sollten die kurzfristigen Daten mit Zurückhaltung interpretiert werden, größere Revisionen sind möglich.

Auf Basis der WIFO-Daten hat sich die lohnkostenbestimmte Wettbewerbsfähigkeit in der Herstellung von Waren in Österreich gegenüber Deutschland wie folgt entwickelt:

- die **Arbeitskosten pro Beschäftigten** sind im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2012 geringfügig und im Jahr 2010 stark gestiegen, **2011 und 2012** hingegen **gesunken**;
- die **Produktivität pro Beschäftigten** ist 2010 stark gesunken, im Durchschnitt 2002 bis 2012 und in den **Jahren 2011 und 2012** hingegen **gestiegen**;
- die **Lohnstückkosten** pro Kopf haben sich 2002 bis 2012 leicht und 2010 stark erhöht, sind **2011 und 2012** hingegen **gesunken**.

Da der Einbruch in der Krise und die Erholung danach in Deutschland stärker ausgefallen sind als in Österreich sind gerade die Werte von 2009 und 2010 etwas irreführend.

Gegenüber nicht Euro Handelspartnern kam es ab 2009 durch die Abschwächung des Euros zum Dollar zu einer merklichen Entlastung für die Exportwirtschaft.

Entwicklung der Lohnstückkosten pro Kopf (Beschäftigte) Herstellung von Waren (Veränderungsraten)

	Ø 2002/2007	Ø 2007/2012	Ø 2002/2012	2010	2011	2012
Österreich	-1,6%	1,6%	0,0%	-6,9%	-3,0%	3,0%
Deutschland	-3,4%	2,6%	-0,4%	-13,8%	-2,2%	4,8%
EU-Handelspartner ¹⁾	-1,8%	1,8%	0,0%	-9,6%	1,1%	3,8%
Handelspartner	-2,7%	1,9%	-0,4%	-0,4%	1,0%	4,1%
 gegenüber Deutschland	 1,9%	 -1,0%	 0,4%	 8,0%	 -0,8%	 -1,7%
gegenüber EU- Handelspartnern ¹⁾	0,2%	-0,2%	0,0%	3,0%	-4,1%	-0,8%
gegenüber Handelspartnern ²⁾	1,1%	-0,3%	0,4%	-6,5%	-4,0%	-1,1%

Quelle: Wifo

¹⁾ Ohne Österreich, Malta, Zypern, Rumänien, Bulgarien; gewichteter Durchschnitt

²⁾ Handelspartner gemäß der Berechnung der WIFO-Wechselkursindizes

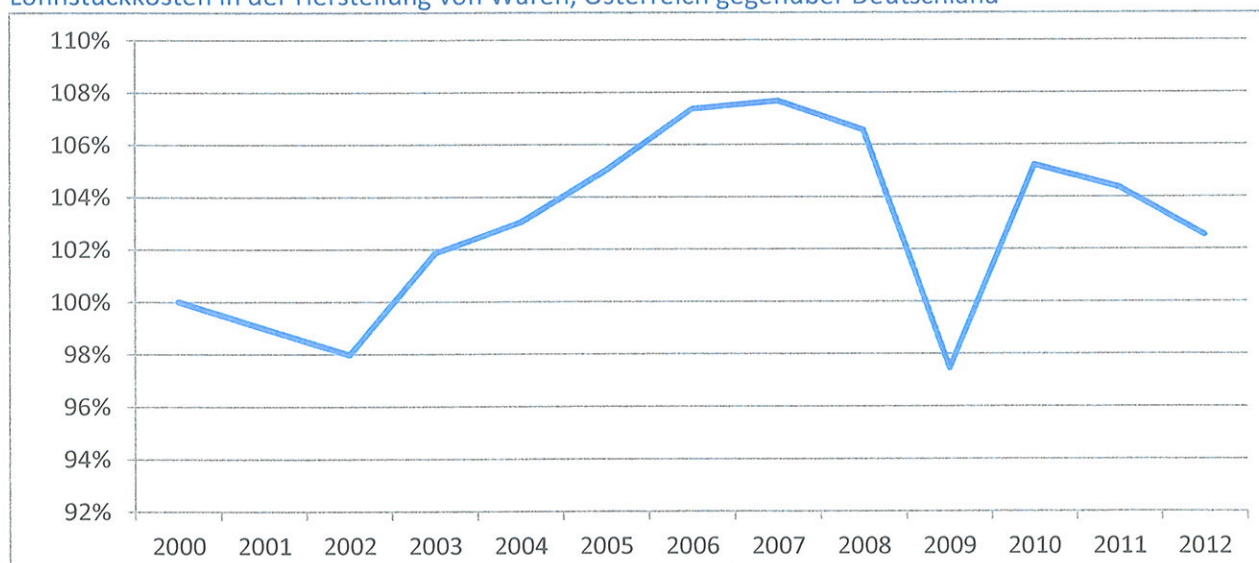
Entwicklung der Arbeitskosten pro Kopf (Beschäftigte) in der Herstellung von Waren (in Landeswährung, Veränderungsraten)

	Ø 2002/2007	Ø 2007/2012	Ø 2002/2012	2010	2011	2012
Jährliche Veränderung in %						
Österreich	3,0%	2,9%	2,9%	1,8%	3,4%	3,2%
Deutschland	1,8%	1,9%	1,9%	4,7%	3,9%	2,4%
EU-Handelspartner ¹⁾	3,2%	2,3%	2,8%	4,5%	3,5%	2,6%
Handelspartner	3,1%	2,2%	2,7%	4,4%	3,3%	2,5%
gegenüber Deutschland	1,1%	1,0%	1,1%	-2,8%	-0,6%	0,8%
gegenüber EU-Handelspartnern	-0,2%	0,6%	0,1%	-2,6%	-0,1%	0,6%
gegenüber Handelspartnern	-0,1%	0,7%	0,2%	-2,5%	0,1%	0,7%

Entwicklung der Produktivität pro Kopf (Beschäftigte) Herstellung von Waren (in Landeswährung, Veränderungsraten)

	Ø 2002/2007	Ø 2007/2012	Ø 2002/2012	2010	2011	2012
Österreich	4,7%	1,2%	2,9%	9,4%	6,6%	0,1%
Deutschland	5,4%	-0,7%	2,3%	21,5%	6,3%	-2,3%
EU-Handelspartner ¹⁾	5,1%	0,4%	2,7%	16,6%	4,7%	1,0%
Handelspartner	5,2%	0,6%	2,8%	15,8%	4,2%	0,5%
gegenüber Deutschland	-0,7%	2,0%	0,6%	-10,0%	0,3%	2,5%
gegenüber EU-Handelspartnern	-0,4%	0,8%	0,2%	-6,2%	1,8%	-0,9%
gegenüber Handelspartnern	-0,5%	0,6%	0,1%	-5,5%	2,3%	-0,4%

Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren, Österreich gegenüber Deutschland



5. Migration

Die letztverfügbaren konsistenten Zahlen zum Bevölkerungsstand stammen vom 31.12.2012 bzw. vom 1.1.2013. Damals lebten in Deutschland 176.300 Österreicher und in Österreich 206.000 Deutsche. Zahlen zur Erwerbstätigkeit nach Einzelnationen gibt es nur für Österreich. Hier arbeiteten zuletzt etwa 90.000 Deutsche in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.

Für Deutschland wird seit einiger Zeit ein Rückgang des Arbeitsangebotes erwartet, welcher in ein paar Jahren wohl auch kommen wird.

Gegenüber dem Jahr 2008 war in Deutschland das unselbständige Arbeitskräfteangebot jedoch um 677.000 oder 1,8% gestiegen. In Österreich war der Anstieg des Arbeitskräfteangebots jedoch mit 3,4% (125.000) fast doppelt so stark.

In Deutschland entfielen davon 371.000 auf einen Anstieg des ausländischen Arbeitskräfteangebots was einem Zuwachs um 10,9% entspricht. Auch hier lagen die (relativen) Werte in Österreich deutlich höher: Der Zuwachs an ausländischen Arbeitskräften lag hier bei 18,5% (78.900).

Die obigen Zahlen beziehen sich auf die EU-weite Arbeitskräfteerhebung von Eurostat. Laut der nationalen Berechnung auf Basis der Zahlen des Hauptverbandes und des AMS lag der Anstieg des Arbeitskräftepotentials in Österreich mit 169.300 (+4,7%) sogar noch höher. Von diesem entfielen 148.200 (+31,2%) auf Ausländer.

6. Beschäftigung

Österreich weist innerhalb der europäischen Union die **3.-beste Entwicklung** bei der Beschäftigung auf. Von 2000 bis 2014 nahm die Anzahl der Beschäftigten um 13,9% und seit 2005 um 10,4% zu. Der Schnitt aller 28 EU-Länder lag bei 5,0% bzw. 1,9%. Vor Österreich liegen Luxemburg und Malta, immer wieder genannte Vorbilder wie Deutschland, Schweden oder Niederlande wiesen deutlich geringere Zuwächse bei der Beschäftigung auf.

Länder außerhalb der EU wie die Schweiz oder auch Norwegen hatten eine bessere Performance bei diesem Indikator, die USA hingegen hatte gerade die Hälfte des österreichischen Beschäftigungswachstums.

Country	seit 2000		seit 2005	
	in %	Rang	in %	Rang
Luxembourg	29,1%	1	19,7%	1
Malta	21,6%	2	17,4%	2
Austria	13,9%	3	10,4%	3
Belgium	11,6%	4	7,5%	6
Slovakia	11,4%	5	5,6%	8
Estonia	10,7%	6	4,4%	11
Ireland	9,5%	7	-5,4%	21
Finland	9,3%	8	4,9%	9
United Kingdom	9,1%	9	4,3%	12
Sweden	8,7%	10	7,5%	7
Cyprus	8,0%	11	-7,1%	22
Italy	7,9%	12	-0,1%	16
Germany	6,9%	13	8,0%	5
Poland	6,7%	14	9,8%	4
Czech Republic	5,5%	15	4,5%	10
France	5,3%	16	2,6%	14
Spain	4,6%	17	-11,2%	26
Netherlands	3,8%	18	2,7%	13
Lithuania	2,2%	19	-3,1%	20
Hungary	1,0%	20	-0,2%	17
Slovenia	0,4%	21	-1,5%	19
Denmark	-0,6%	22	-0,2%	18
Bulgaria	-0,6%	23	-7,9%	23
Latvia	-2,3%	24	-10,9%	25
Croatia	-3,9%	25	-10,7%	24
Greece	-7,0%	26	-14,9%	28
Portugal	-10,9%	27	-12,7%	27
Romania	-12,2%	28	2,3%	15
European Union (28 countries)	5,0%		1,9%	
Euro area (17 countries)	5,7%		1,0%	
Norway	17,9%		16,4%	
Switzerland	16,8%		14,0%	
United States	6,9%		3,3%	

Quelle: AMECO Datenbank, Employment, persons: all domestic industries (National accounts) (NETD), sortiert nach der Veränderung seit 2000

7. Arbeitsmarkt: warum sich die Arbeitsmarktdaten in Deutschland verbessern und in Österreich nicht

Die Ausgangslage

Im Juni 2014 ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Vorjahresvergleich um 32.000 Personen auf 2,833 Mio. zurückgegangen, während sie in Österreich im Vorjahresvergleich um 39.324 Personen auf 281.566 gestiegen ist (beide Werte ohne Personen in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik).

Im EU-Vergleich steigt die Arbeitslosigkeit in Österreich seit 2012 an, während sie in Deutschland seit diesem Zeitraum zurückgeht.

Juni 2014
Stand: 01.07.2014

**Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich, eurostat
(saisonbereinigt)**

Land Wirtschaftsraum	2012	2013	Mai 13	Juni 13	Jul 13	Aug 13	Sep 13	Okt 13	Nov 13	Dez 13	Jan 14	Feb 14	Mär 14	Apr 14	Mai 14
Österreich	4,3	4,9	4,7	4,7	4,9	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9	4,8	4,7
Belgien	7,6	8,4	8,4	8,4	8,5	8,5	8,5	8,5	8,5	8,4	8,4	8,4	8,4	8,5	8,5
Bulgarien	12,3	13,0	13,0	12,9	12,8	12,7	12,8	13,0	12,9	12,8	12,5	12,2	12,1	11,9	11,9
Zypern	11,9	15,9	15,9	16,2	16,1	16,5	16,6	16,7	16,6	16,5	15,7	15,7	15,9	15,5	15,3
Tschechische Republik	7,0	7,0	7,0	6,6	6,9	7,0	6,9	6,7	6,8	6,7	6,7	6,6	6,6	6,4	6,3
Deutschland	5,5	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,1	5,1
Dänemark	7,5	7,0	6,9	6,8	7,0	7,2	6,9	6,9	6,8	7,1	7,0	6,9	6,5	6,5	6,5
Estland	10,0	8,6	8,2	8,1	8,1	8,2	8,5	8,7	8,8	8,4	8,2	7,8	7,7	7,9	:
Spanien	24,8	26,1	26,2	26,2	26,2	26,1	26,0	26,0	25,8	25,6	25,5	25,3	25,3	25,1	25,1
EU15	10,6	11,0	11,1	11,1	11,0	11,0	11,0	10,9	10,9	10,8	10,8	10,7	10,7	10,6	10,6
EU28	10,4	10,8	10,9	10,9	10,8	10,8	10,8	10,7	10,7	10,6	10,6	10,5	10,4	10,4	10,3

Die Gründe dafür sind vielschichtig:

- Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist etwas günstiger als in Österreich
- die Arbeitsmarktreformen in Deutschland haben auch dazu geführt, dass der Niedriglohnsektor mit nicht existenzsichernden Einkommen in Deutschland massiv gewachsen ist, während er in Österreich stabil geblieben ist
- die Hauptursache liegt aber in der Entwicklung des Angebotes von Arbeitskräften in beiden Ländern:

In Deutschland verringert sich das Angebot von Arbeitskräften, in Österreich steigt es!

Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes in Deutschland:

Nach einer Studie des IAB (Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit) geht das Arbeitskräftepotenzial in Deutschland im Zeitraum 2008 – 2025 um 3,5 Mio. Personen zurück.

- Trotz einer angenommenen Nettozuwanderung von 1,5 Mio. in diesem Zeitraum.
- Trotz einer steigenden Erwerbsbeteiligung von 1,7 Mio.
- Wegen eines demographisch bedingten Rückganges der Erwerbsbevölkerung von 6,7 Mio. Menschen.

Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes in Österreich (Quelle: Arbeitsmarktprognose 2014, Synthesis)

Das Arbeitskräfteangebot steigt bis 2018 um jährlich rund 40.000 Personen an (2015: + 40.300; 2016: + 37.600; 2017: + 42.700; 2018: + 45.800).

Dafür verantwortlich sind einerseits die Pensionsreformen, andererseits die Zuwanderung von ArbeitnehmerInnen aus den benachbarten EU-Mitgliedstaaten und eine günstigere demographische Entwicklung in Österreich.

Die weiterhin steigende Beschäftigung wird erst ab 2016 zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit führen.

	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr</i>				
	<i>2014</i>	<i>2015</i>	<i>2016</i>	<i>2017</i>	<i>2018</i>
Aktivbeschäftigung ¹	+32.700	+38.400	+42.900	+52.100	+58.200
Beschäftigung einschließlich Karenz und Präsenzdienst ¹	+30.100	+36.900	+41.800	+51.300	+57.700
Arbeitskräfteangebot ¹	+53.900	+40.300	+37.600	+42.700	+45.800
Arbeitslosigkeit ¹	+21.200	+1.900	-5.300	-9.400	-12.400
Arbeitslosenquote (Prozentpunkte)	+0,5	-0,1	-0,2	-0,3	-0,4
Von Arbeitslosigkeit betroffene Personen	+29.100	+2.700	-7.700	-12.300	-18.100

Damit Österreich seine Spitzenposition bei der Arbeitslosigkeit im EU-Vergleich halten kann, sind folgende Maßnahmen dringend erforderlich:

- **Öffentliche Investitionen in insbesondere soziale Infrastruktur: Kinderbetreuung, Pflege und Gesundheit, Bildung**
- **Stärkung der Binnennachfrage insbesondere durch eine rasche und wirkungsvolle Steuerreform**
- **Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und hier insbesondere Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. So sollte das Fachkräftestipendium viel mehr Beschäftigten und Arbeitsuchenden zur Verfügung stehen – der finanzielle Deckel, den der Finanzminister verlangt, muss weg**

- Das Bonus-Malus-System, das >55jährigen Beschäftigung ermöglicht und sichert, muss rasch umgesetzt werden.
- Das Anti-Lohn- und Sozialdumpinggesetz muss - wie im Regierungsübereinkommen (ua das Bonus-Malus-System) vorgesehen - rasch verschärft werden und besser umgesetzt werden. Es muss Fairness auf dem Arbeitsmarkt durchgesetzt werden, das erreichte Lohnniveau darf nicht durch rechtswidriges Verhalten von Unternehmen gefährdet werden. Das ist umso wichtiger, weil die Entsendungen von AN nach Österreich mittlerweile ein Ausmaß erreicht haben, das rund 12.000 Vollzeit-Arbeitsplätzen im Jahresdurchschnitt entspricht.
- Das AMS braucht rasch mehr MitarbeiterInnen, damit die Vermittlungsunterstützung für die Arbeitsuchenden auch wirklich gewährleistet werden kann.

8. Niedriglohnbeschäftigung in D und Ö

In Deutschland stieg der Anteil der unter der Niedriglohnschwelle (= zwei Drittel des Medianstundenlohns [ohne Überstundenentgelt]) entlohnnten Beschäftigten an der Gesamtheit der unselbstständig Beschäftigten (16-65 Jahre) von 15,2% 1996 auf 21,2% 2010. Im internationalen Vergleich stellt dieser sehr starke Anstieg eine fast singuläre Entwicklung dar, da in den meisten OECD-Ländern der Niedriglohnanteil im Beobachtungszeitraum kaum wuchs. D findet sich mit dem angeführten Niveau in einer Gruppe mit Ländern wie GB und IRL, die traditionell durch vergleichsweise schwach regulierte Arbeitsbeziehungen gekennzeichnet sind, sowie den postkommunistischen Staaten PL und H. Der außerordentliche Anstieg wird in der Forschungsliteratur auf den Vollzug der Hartz-IV-Gesetzgebung, das Wachstum der atypischen Beschäftigungsformen sowie den Rückgang der Tarifbindung zurückgeführt.

In Österreich vergrößerte sich der Niedriglohnsektor, ausgehend von einem niedrigeren Niveau (1995 12,6%), leicht, nämlich auf 13,9% 2010. Entscheidender Faktor für diese Unterschiede bezüglich Niveau und Entwicklung ist der sehr hohe Deckungsgrad der Kollektivverträge.

Gemeinsam ist D und Ö, dass jene Beschäftigtengruppen erhöhte Niedriglohnrisiken tragen, die ohnehin bereits zu den benachteiligten Arbeitsmarktgruppen zählen: Frauen, MigrantInnen, gering Qualifizierte, atypisch Beschäftigte und Erwerbstätige in Kleinbetrieben.

9. Leistungsbilanz (Waren und Dienstleistungen)

Österreich hat höchstens das Problem, dass wir zu wenig von Anderen kaufen, nicht dass die Anderen zu wenig von uns kaufen. Seit mehr als 10 Jahren erzielen wir konstant bei Waren und Dienstleistungen Überschüsse, zuletzt 3,7% des BIP.

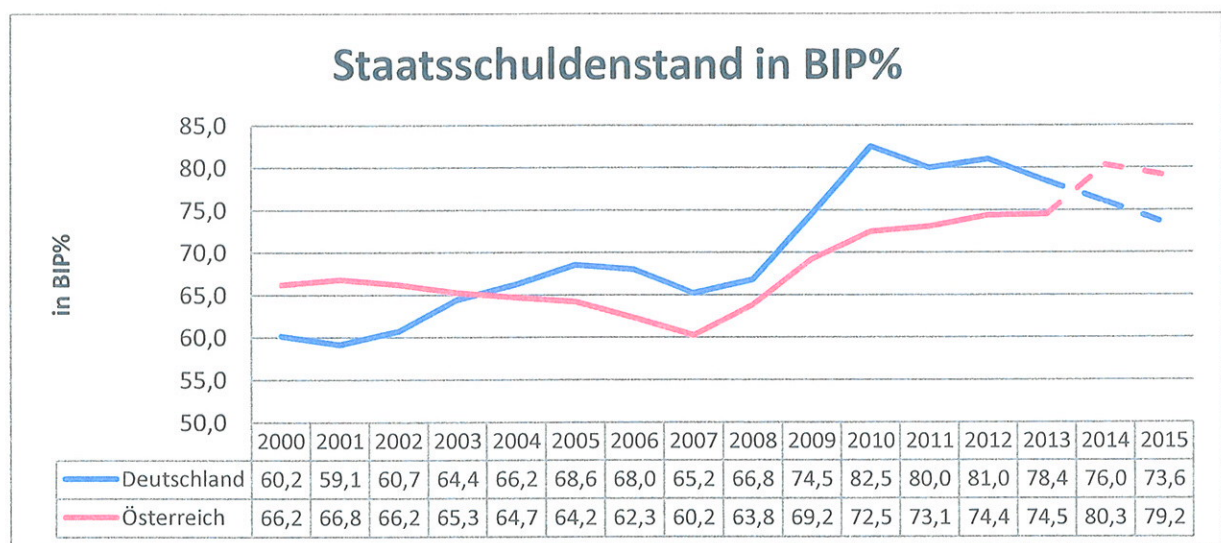
Die gesamte Leistungsbilanz weist ebenfalls einen Überschuss aus. Dieser ist etwas geringer, da dieser durch Gewinne und Löhne, die Österreich per Saldo ans Ausland zahlen, und vor allem aber durch Transfers (insbesondere die EU-Beiträge) gedämpft wird.

10. Öffentliche Haushalte

Das **Budgetdefizit** lag zu Beginn des vorigen Jahrzehnts in Österreich noch unter dem Deutschlands, und bis zum Ausbruch der Krise lagen beide Länder fast gleichauf. Ab 2008 ist der österreichische Haushalt deutlich expansiver, Deutschland verzeichnet seit 2012 praktisch einen ausgeglichenen Haushalt. Auf österreichischer Seite ist diese Entwicklung neben den Bemühungen um eine aktive Bekämpfung der Nachfrageschwäche vor allem den von notleidenden Banken verursachten Kosten zuzuschreiben. Die Ausgabenzurückhaltung in Deutschland zeigt bereits Konsequenzen u.a. in Mängeln der Infrastruktur (siehe Kapitel 11).

Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP (lt. EU Spring Forecast 2014)									
	Durchschnitt								
	1999-03	2004-08	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	-2,3	-1,7	-3,1	-4,2	-0,8	0,1	0,0	0,0	-0,1
Österreich	-1,2	-1,9	-4,1	-4,5	-2,5	-2,6	-1,5	-2,8	-1,5

Die **Schuldenstände** in den beiden Ländern sind annähernd gleich hoch, die jüngste Entwicklung ist geprägt von Finanzkrise, verlief aber nicht ganz synchron. Bis 2003 war die Schuldenquote in Österreich höher, bis 2013 war dann jene Deutschlands höher und für die kommenden Jahre zeichnet sich wieder eine höhere Quote für Österreich ab. In beiden Ländern stiegen diese ab 2008 krisenbedingt stark an. Aufgrund der Konstruktion des deutschen Bankenpakets (Hypo Real Estate) war der Anstieg dort zu Beginn der Krise stärker und in Österreich gab es aufgrund der Hypo noch 2013 einen weiteren Schub.



Quelle: Eurostat und AMECO

Bei **Staatsschuld pro EinwohnerIn** zeigt sich der geringe Unterschied zwischen den beiden Ländern. 2013 waren die Staatsschulden pro EinwohnerIn in der BRD bei 26.600 und in Österreich bei 27.500, seit 2003 steigen sie mit 59% im Vergleich zu 52% in Deutschland etwas stärker an.

11. Verkehrsinfrastruktur

Deutschland spart auf Kosten seiner Substanz

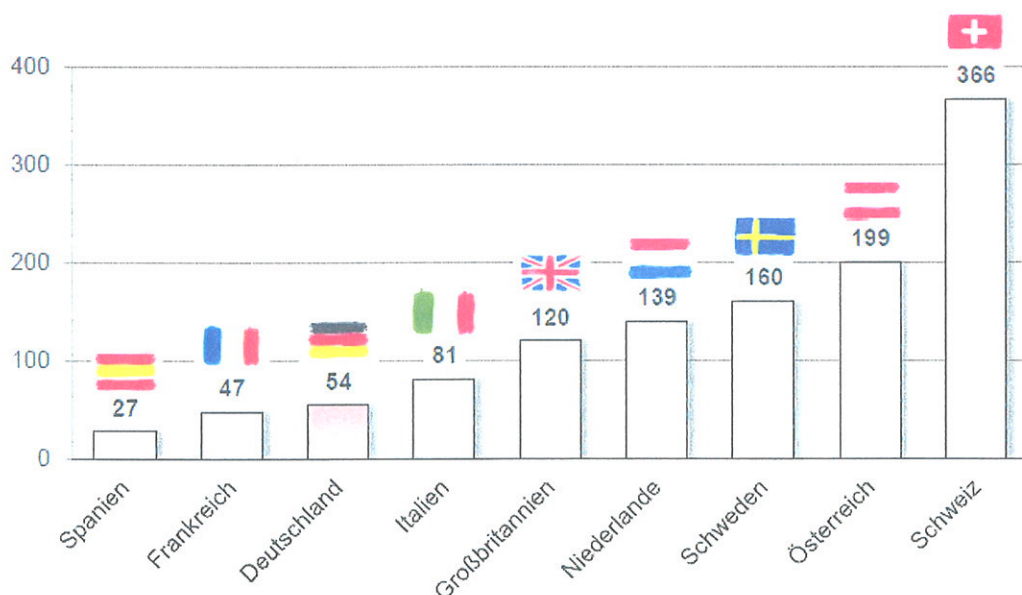
Die Infrastruktur ist das Rückgrat der Wirtschaft. Wer nicht zeit- und sachgerecht in den Erhalt investiert, verursacht Störanfälligkeiten, Stau und Reparaturkosten bei den Benützern und verteuert erst recht die Sanierung in den Folgejahren. Eine Verschlechterung der Standortqualität ist die Folge.

Die öffentlichen Haushalte in Deutschland sparen derzeit massiv auf Kosten der Substanz. Die deutsche Verkehrsministerkonferenz von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden hat im Oktober 2013 einen eklatanten Fehlbedarf festgestellt. Demnach fehlen allein zum jährlichen Erhalt der Verkehrsinfrastruktur (Straße, Schiene, Flughäfen, Binnenschifffahrt und Häfen) jährlich 7,3 Milliarden €.

Bei den Straßen ist dies besonders augenfällig. Obwohl Deutschland mit 680 918 km (Autobahn-, Bundesfern-, Landes- Kreis- und Gemeindestraßen) ein sechs Mal so großes Straßennetz wie Österreich (114 378 km an Autobahn, Landes- und Gemeindestraßen) aufweist, gab Deutschland im Jahr 2012 mit 2,5 Mrd. € nur doppelt so viel für Erhalt und bauliche Instandhaltung wie Österreich mit 1,25 Mrd. € aus. (Quellen: Bericht Daehre/Verkehrsministerkonferenz Deutschland, ASFINAG, TU-Wien.)

Auch bei der Bahn ist der Nachholbedarf enorm. Ein Drittel aller Eisenbahnbrücken ist älter als 100 Jahre und bei der Elektrifizierung des Schienennetzes hinkt Deutschland (59%) hinter Österreich (68%) hinterher. Dies spiegelt sich auch in den Ausgaben pro Kopf für die Schieneninfrastruktur wider. Österreich gab 2013 pro Kopf 3,6 Mal mehr für Schieneninfrastruktur aus als Deutschland.

Pro-Kopf-Investitionen des Staates in die Schieneninfrastruktur in ausgewählten europäischen Ländern 2013, Angaben in Euro



FORDERUNGEN

Nationale Ebene:

Aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit wird im Herbst wahrscheinlich ein neues Beschäftigungspaket notwendig sein. Sinnvollerweise wird an mehreren Stellschrauben gleichzeitig zu drehen sein:

- Höhere Investitionen z.B. in Wohnbau: Dies hat Doppeldividende zur Folge. Niedrigere Wohnpreise und höhere Beschäftigung, da Bautätigkeit eine relativ hohe Beschäftigungswirkung hat. Bundesländer haben sich an Vereinbarungen zu halten, ansonsten muss der Bund die ursprünglich vorgesehen Mittel von den Ländern direkt in den Wohnbau umleiten.
- Qualifikation: Die Vermittlung von der Arbeitslosigkeit in Beschäftigung wird immer schwerer. Mehr Betreuung und zugeschnittene Qualifikationen sind notwendig. Das AMS muss entsprechend personell ausgestattet sein, um diesen höheren Anforderungen gerecht zu werden. Mittelfristig muss das Schulsystem zu einer Verbesserung des Qualifikationsniveaus den wesentlichen Beitrag leisten.
- Arbeitszeit: Neue Modelle der Verkürzung der Arbeitszeit sollten fortgesetzt werden. Die Schritte der letzten Jahre haben bewiesen, dass es Potential zur Verkürzung gibt. Bildungskarenz und ähnliches ist zu adaptieren, damit neue Berufs- und Qualifikationsgruppen Zugang zur Weiterbildung bekommen. Insbesondere die Freizeitoption sollte weiter forciert werden, diese Innovation wurde von den ArbeitnehmerInnen dankend angenommen und zeigt positive Effekte.

Europäische Ebene:

Auf europäischer wie nationaler Ebene sind die derzeit zu restriktiven Fiskalregeln dahingehend zu ändern, dass mehr Spielraum für öffentliche Investitionen geschaffen wird (im deutschsprachigen Raum: „Goldene Regel der Fiskalpolitik“). Zusätzlich ist auf EU-Ebene ein Sonderinvestitionsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (etwa EGB-Investitionsplan für nachhaltiges Wachstum und gute Arbeit) aufzulegen.

Im Detail ist über die Ausgestaltung zu verhandeln, eventuell auf Basis des Gutachtens des deutschen Sachverständigenrats aus dem Jahr 2007 oder einer näherungsweise gültigen einfach zu verstehenden/zu administrierenden Regel – bspw. dass die Hälfte der öffentlichen Bruttoinvestitionen, die 3% des BIP nicht überschreiten, nicht mehr in die Berechnung des strukturellen Defizits eingehen. Ziel sollte sein, dass das strukturelle Defizit mittelfristig in einem flexiblen Korridor von 0,5 bis 2% des BIP gehalten wird.